Bankenaufsicht

Brüsseler Spitze?

Paris hat den Zuschlag als künftiger Sitz der europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA bekommen. Die französische Hauptstadt setzte sich damit gegen Frankfurt und per Los letztlich gegen Dublin durch, wobei es die Mainmetropole nicht einmal in die Entscheidungsrunde schaffte, sondern schon vor der entscheidenden Stichwahl ausschied. Die Entscheidung lässt Raum für Spekulationen. Denn die offizielle Begründung, Frankfurt sei in das Hintertreffen geraten, weil es der Behörde keine mietfreien Büros zur Verfügung stellen wolle, kann nur vorgeschoben sein. Daran lässt man keine grundsätzliche Entscheidung platzen, so etwas regelt man still im Hinterzimmer.

Vielmehr dürfte eine Rolle gespielt haben, dass die deutsche Dominanz in diesem Europa einigen Mitgliedern schon lange nicht behagt. An einem weiteren Machtzuwachs der Bundesrepublik war niemandem gelegen, schon gar nicht vor dem Hintergrund des Brexits, durch den UK als wichtiges Mitgliedsland die Europäische Union verlassen wird. Da sollte eher die französische Position gestärkt werden, mag sich der ein oder andere gedacht haben.

Es ist auch keineswegs abwegig, dass die derzeitigen politischen Entwicklungen in Deutschland die Entscheidung gegen Frankfurt begünstigt haben. Trotz des Bemühens der Kanzlerin nehmen europafeindliche Tendenzen auch in der Bundesrepublik zu, was nicht zuletzt durch des Wahlergebnis der AfD und das Scheitern der Jamaika-Verhandlungen unterstrichen wird. Ein mächtiges, politisch instabiles und noch dazu nicht hundertprozentig europäisches Deutschland war manchen auch aufgrund der deutschen Geschichte suspekt. Man kann die Entscheidung pro Paris daher durchaus auch als Brüsseler Spitze verstanden wissen. Ob es bei einem leichten Piksen bleibt oder zu einem stärkeren Bohren wird, liegt einzig und allein an den politischen Verantwortlichen, die sich in europäischen Fragen klarer positionieren und den kritischen Diskurs leben müssen.

Für den Standort Frankfurt und die deutsche Kreditwirtschaft ist die Entscheidung kein Beinbruch. Frankfurt, mit dem Sitz von EZB und Bundesbank, wird seine führende Rolle als Finanzzentrum in Europa behalten und im Zuge des Brexits sogar noch ausbauen. Für die gute Kommunikation mit den Aufsichtsbehörden ist in Zeiten modernster Kommunikationsmittel die räumliche Nähe nicht mehr entscheidend. Und die Entscheidung hat ja auch ihre guten Seiten: So bietet sich für all die Verantwortlichen aus Banken und Sparkassen sogar ab und an mal die Möglichkeit eines Ausflugs nach Paris. Der Charme und der Esprit der französischen Hauptstadt fehlen der Mainmetropole leider.

Private Banken

Neue Gesichter, neue Lage

Nicht nur die Bundespolitik sortiert sich dieser Tage auf Regierungsebene neu, sondern auch in der Führungsspitze der drei großen deutschen Bankenverbände gab und gibt es einige personelle Veränderungen. So steht beim Bundesverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) mit dem neuen Jahr der Amtsantritt der designierten Präsidentin Marija Kolak an. Und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) wird seit einigen Tagen bis zur regulären Wahl eines neuen Präsidenten übergangsweise von dem bisherigen DSGV-Vize und langjährigen niedersächsischen Regionalpräsidenten Thomas Mang geführt (siehe auch Leitartikel in diesem Heft). Hans-Walter Peters, der seit gut eineinhalb Jahren amtierende Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB), ist damit sehr schnell zum Dienstältesten unter den Präsidenten der drei größten deutschen Bankenverbände aufgerückt. Wenn diese 2018 nach dem turnusmäßigen Wechsel der Federführung der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) zum DSGV zusammen mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken Deutschlands (VdP) die Interessen der hiesigen Branche gegenüber der Politik vertreten, wird es auf beiden Seiten einige neue Gesichter geben.

Eine Orientierungslosigkeit an den Verbandsspitzen und damit der DK ist gleichwohl nicht zu befürchten, denn unter den Präsidenten, Vorständen und Hauptgeschäftsführern der fünf Bankenverbände sind noch so viele, teils langjährige Kräfte an Bord, dass die sachliche Arbeit nicht leiden und die gebührende Positionierung der Branche in Berlin und Brüssel gelingen sollte. Als große Frage stellt sich nur, wie deutlich und bestimmt eine auf absehbare Zeit lediglich geschäftsführende Bundesregierung die im diesem Jahr noch anstehenden europäischen Regelungen und Weichenstellungen für die Finanzwirtschaft vorantreiben oder auch blockieren will und kann. Der allgemein gepflegten politischen Kultur im Nachkriegsdeutschland nach hält sich die Politik in Zeiten der Regierungsbildung zurück, für Regierungen ohne Mehrheit dürfte das ähnlich gelten, auch wenn das hierzulande bislang noch nicht erprobt ist.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Als der BdB Mitte November anlässlich der Herbstpressekonferenz zum ersten Mal das öffentliche Zusammenspiel mit seiner neuen Führungsspitze um Präsident Peters – also ohne Michael Kemmer und mit den beiden designierten Hauptgeschäftsführern – vor der Presse praktiziert hat, war die derzeitige politische Konstellation in Berlin noch nicht absehbar. Der künftig für die Ressorts Bankenaufsicht, Bilanzierung, Unternehmensfinanzierung, Wirtschaftspolitik und Kapitalmärke, Vertretung in den internationalen Gremien sowie Einlagensicherung zuständige Christian Ossig hat sich zwar lobend über die grundsätzliche Einigkeit in der deutschen Kreditwirtschaft bezüglich des vom EU-Rat vorangetriebenen Plans zur Stärkung des Proportionalitätsgedankens geäußert. Und auch die jüngsten Vorschläge des EU-Parlamentsberichterstatters Peter Simon finden erst einmal eine positive Grundresonanz im BdB wie in allen Bankengruppen. Aber wenn es auf politischer Ebene zur konkreten Festlegung der Kriterien kommt, wäre eine gefestigte Rückendeckung aus der Politik doch überaus hilfreich. Andreas Krautscheid, der künftig beim BdB nicht zuletzt die Kontakte mit der Politik verantwortet, hat den hiesigen Abgeordneten schon unter der seinerzeit noch ziemlich gefestigten Aussicht auf eine Jamaika-Koalition ein wenig den Überblick über die Gesamtwirkungen der Regulierung abgesprochen.

In der momentanen politischen Konstellation auf Bundesebene fehlt den privaten Banken wie der gesamten deutschen Kreditwirtschaft in Berlin ein verlässlicher Sparringspartner, mit dem die politischen Interessen abgestimmt und vor allen Dingen auf der europäischen Bühne mit der notwendigen Härte vertreten werden können. Maßnahmen wie einen hauptamtlichen EU-Finanzminister mit genau abgegrenzten Aufgaben und Notfallfazilitäten für Mitgliedsstaaten mit Finanzierungsproblemen, wie sie der BdB im Rahmen einer Weiterentwicklung der europäischen Währungsunion zur Diskussion stellt, lassen sich ohne die flankierende Rückendeckung aus Berlin viel schwieriger verwirklichen.

Aus der Wirtschaft wie auch der Wissenschaft war in ersten Reaktionen zum Scheitern der Jamaika-Gespräche eine betonte Gelassenheit zum Fortgang der Dinge zu hören. Aber ohne klare Regierungsposition in Deutschland ist es einfach schwerer, das derzeit günstige Umfeld für die deutsche und europäische Konjunktur für zukunftsweisende Entscheidungen zur Weiterentwicklung der europäischen Idee zu nutzen. Aktuelle Diagnose also: Die deutsche Politik schwächelt, aber glücklicherweise sind in vielen europäischen Verhandlungsrunden zu den relevanten finanzwirtschaftlichen Themen auch die hiesigen Aufseher aus der Bundesbank und der BaFin sowie die Deutsche Kreditwirtschaft einbezogen. Und die sind arbeitsfähig.

Commerzbank

Volumina als Ertragshoffnung

Dass die beiden verbliebenen deutschen Großbanken für US-Investoren nicht völlig uninteressant sind, hat kürzlich der Einstieg von Cerberus bei der Deutschen Bank gezeigt. Zusammen mit dem Engagement bei der Commerzbank im Sommer dieses Jahres (ZfgK 16-2017) bietet die kürzlich erfolgte Stimmrechtmitteilung des Investors für die Deutsche weiteren Stoff für allerlei Spekulationen, auf welche Art von Wertsteigerung sich diese Aktivitäten im deutschen Großbankenlager wohl richten mögen. An den Marktbedingungen generell hat sich seither wenig geändert. Ebenso wie die Commerzbank sucht auch die Deutsche nach der richtigen Dimensionierung ihrer Digitalisierungsstrategie und mehr noch als die Gelben hält sie an ihrem globalen Anspruch fest.

Im direkten Fokus steht die Vorbereitung auf einen einheitlichen europäischen Bankenmarkt in beiden Instituten nicht. Sie orientierten sich vielmehr von Quartal zu Quartal an der Umsetzung ihrer strategischen Ziele, wobei die Commerzbank dank des weitaus geringeren Störfeuers aus Rückstellungen für Rechtsrisiken vergleichsweise ruhig an ihren strategischen Zielsetzungen arbeiten konnte und allem Eindruck nach einen Vorsprung von einigen Quartalen hat. Allein seit dem klaren Bekenntnis zur digitalen Transformation hatte die Bank schon seit September vergangenen Jahres Zeit zur Umsetzung und kann mit der Berichterstattung zu Q3 2017 auch schon einige Entwicklungslinien der angestrebten Ausrichtung dokumentieren. Den Digitalisierungsgrad beziffert die Bank nach Ablauf eines Viertels der auf 2020 ausgerichteten Strategie 4.0 per Ende September dieses Jahres auf 43 Prozent und verweist dabei auf dem Weg zu dem angestrebten Ziel von 80 Prozent auf einen keineswegs linearen Verlauf dieser Entwicklung. Dem sogenannten digitalen Campus als erhofftem Impulsgeber für die Digitalisierung wird inzwischen eine Arbeit mit voller Kraft bescheinigt.

Erklärtes Ziel einer forcierten Technisierung der Prozesse ist eine effiziente Ausweitung der Volumina. Wachstum als Basis für mehr Profitabilität oder Wachstum als Maßnahme gegen niedrige Zinsen waren dementsprechend Kernsätze, mit denen Finanzvorstand Stephan Engels bei der Präsentation der Quartalszahlen den Stand der strategischen Ausrichtung skizzierte. Seiner Datenlage nach ist die Zahl der Commerzbankkunden seit 2015 um rund 4 Prozent, der Wertpapierumsatz um 10 Prozent und die Kreditvergabe um 7 Prozent gestiegen. Allein seit Jahresbeginn veranschlagt die Bank die Zahl ihrer Neukunden im Segment Privat- und

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Unternehmerkunden auf 450 000 und das Wachstum der Assets auf 28 Milliarden Euro. All diesen schönen Wachstumspfaden rechnet er per September zusätzliche Erträge in Höhe von rund 100 Millionen Euro zu. Die Erträge aus dem Wachstum, so sein zufriedenes Fazit, kompensieren nahezu vollständig Negativzinsen und Preiswettbewerb.

Ein typisches Beispiel für das Zusammenspiel von Digitalisierungsfortschritten und der Ausweitung der Volumina hat der Finanzchef ebenfalls bereit. So wurde die Auflösung des Joint Ventures „Commerz Finanz GmbH" mit der BNP Paribas und die vollständige Übernahme des Ratenkreditportfolios von rund 3,5 Milliarden Euro auf die Bücher und die Plattform der Commerzbank im dritten Quartal vollständig abgeschlossen. Erklärtes Ziel ist es nun, dieses Portfolio bis 2020 auf über 10 Milliarden Euro zu steigern.

Dass die strategische Grundausrichtung der Bank im laufenden Jahr nicht maßgeblich gestört wurde, zeigt weniger die quartalsbezogene Ergebnisbetrachtung für Q3, die auf der Ertagsseite von einigen Sondereffekten wie den Concardis-Verkauf (89 Millionen Euro), Verkaufsgewinnen aus Immobilien (225 Millionen Euro) und das Ratenkredit-Joint-Venture (160 Millionen Euro) begünstigt war, sondern eher die leicht erhöhte Gewinnprognose für das Gesamtjahr und die Luft zu zukunftswirksamen Bereinigungseffekten. So wurde der Abbau des Schiffsportfolios in den ersten neun Monaten dieses Jahres auch über den Preis um 1,5 Milliarden Euro vorangetrieben. Mit Inkrafttreten des IFRS 9 und der damit verbundenen Neubewertung nach Fair Value werden diese Belastungen damit in der Kernkapitalquote voll berücksichtigt.

Finanzierung

Lass es Leasing sein

Die Leasingwirtschaft in Deutschland eilt mit ihrem Neugeschäft Jahr für Jahr von einem Höchststand zum nächsten. Allein 2017 wächst das Volumen um 6 Prozent auf insgesamt 67 Milliarden Euro, davon 57,3 Milliarden Euro im Mobilienleasing (plus 6,5 Prozent). Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen hingegen werden voraussichtlich um 3,5 Prozent und die Ausrüstungsinvestitionen um 2,3 Prozent steigen. Somit wird der Leasinganteil an den Ausrüstungsinvestitionen auf 24,1 Prozent ausgebaut. In der 55-jährigen Leasinggeschichte in Deutschland wurden bisher mittels Leasing noch nie mehr Ausrüstungsinvestitionen realisiert wie aktuell. Kredit und Leasing liegen in den außenfinanzierten Investitionen nahezu gleichauf.

Dennoch hadert der nationale Branchenverband mit den hiesigen Investitionsbedingungen und fordert ein „langfristiges Investitionskonzept für Deutschland". Im Schulterschluss mit anderen realwirtschaftlichen Verbänden setzt sich der Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) seit Jahren dafür ein, bestehende Investitionshemmnisse abzubauen. Dazu sollen entsprechende steuerliche Rahmenbedingungen geschaffen werden und mit ihnen die Anpassung der Abschreibungszeiten an zeitgemäße Wertverläufe oder die Möglichkeit einer degressiven Afa, die den anfänglich hohen Werteverzehr eines Investitionsobjekts besser abbilde. Dazu gehöre es jedoch auch, die Bürokratie und die aus Sicht der Leasinggesellschaften ausufernde Regulierung abzubauen.

Von „administrativer Entschlackung" und „Entkopplung" spricht der Leasingverband. Schließlich brachte die Regulatorik zahlreiche Dokumentations- und Meldepflichten für die Leasinganbieter mit sich, die weder Mehrwert noch praktischen Nutzen aufweisen. Die Branche verweist auf ein bewährtes Risikomanagement und ihr Risikoprofil, das deutlich geringer sei als das der Banken. Schließlich seien bestimmte Geschäfte wie Handels- und Einlagengeschäft von vornherein untersagt oder Fristentransformation in nur geringem Umfang möglich.

Die großen Regulierungsvorhaben zielten vor allem auf große Banken. Die eher mittelständischen Leasingunternehmen fallen quasi ebenso darunter, ob sie wollen oder nicht. Daher rührt die Forderung der Entkopplung von den Anforderungen an große Kreditinstitute. Regulierung solle zu Größe und Risikogehalt passen. Wenn für kleinere Kreditinstitute künftig eine abschließende Liste von Vorgaben definiert werden soll, sehen sich auch die Leasinggesellschaften dazugehörig. Dann würden neue Regulierungsthemen ausschließlich für große Banken gelten. Die angestoßene Diskussion darüber ist mehr als wünschenswert, schließlich bindet allein das Monitoring immer neuer Vorschriften enorme Ressourcen bei allen Unternehmen, was den kleineren Gesellschaften schwerer fällt.

Wenngleich die Investitionsaussichten für 2018 deutlich freundlicher stimmen und die Ausrüstungsinvestitionen mit 5,1 Prozent Wachstum, die der Sachverständigenrat kürzlich prognostizierte, einen regelrechten Boom erleben, sollte die Politik Deutschland als Investitionsstandort nicht aus den Augen verlieren. Lag die Investitionsquote für Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland im Jahr 1999 bei über 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, dümpelt sie aktuell gerade einmal um die 6,5 Prozent. Die deutsche Wirtschaft muss investieren, um international nicht den Anschluss zu verpassen.

Kati Eggert

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH